



Kleine Anfrage

der Abgeordneten Monika Heinold

und

Antwort

der Landesregierung – Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Regierungsprogramm familienfreundlicher Betrieb

Vorbemerkung der Fragestellerin:

Im Rahmen eines Interviews mit den „Kieler Nachrichten“ am Sonnabend, den 7. Juni 2005, hat Wirtschaftsminister Dietrich Austermann angekündigt, dass Staatssekretärin Karin Wiedemann ein Programm „Familienfreundlicher Betrieb“ entwickeln wird.

Vorbemerkung der Landesregierung:

Das erwähnte Interview wurde am Sonnabend, den 7. Mai 2005, in den Kieler Nachrichten veröffentlicht.

1. Ist der Landesregierung das Audit „Beruf und Familie“ der gemeinnützigen Her-
tiestiftung bekannt?

Das Audit ist der Landesregierung bekannt.

2. Ist dem Wirtschaftsminister bekannt, dass bereits unter ASH 2000 für die Auditie-
rung „Beruf und Familie“ eine Landesförderung für familienfreundliche Betriebe
mit bis zu 100 MitarbeiterInnen vorgesehen ist?

Der Sachverhalt ist dem Wirtschaftsminister bekannt.

3. Ist der Landesregierung bekannt, dass darüber hinaus Unternehmen mit bis zu 500 MitarbeiterInnen für besondere Familienfreundlichkeit eine Auditierung und Förderung über die gemeinnützige Hertiestiftung erhalten können?

Auditierung und Förderung sind der Landesregierung bekannt.

4. Inwieweit soll ein neues Regierungsprogramm „Familienfreundlicher Betrieb,, die bereits bestehenden Fördermöglichkeiten ergänzen bzw. integrieren?

Das Regierungsprogramm „Familienfreundlicher Betrieb“ stellt keine einzelne, isolierte Fördermaßnahme dar. Vielmehr werden unter diesem Begriff alle bereits regional oder auf Landesebene laufenden Aktivitäten systematisch erfasst und bewertet. Auf dieser Grundlage sollen dann die für die Verbesserung der Familienfreundlichkeit in Betrieben relevanten Akteure gezielt darin unterstützt werden, vor Ort in enger Kooperation miteinander passgenaue Lösungen „aus einem Guss“ zu entwickeln. Es wird geprüft, ob dafür innerhalb der Landesregierung eine Servicestelle einzurichten ist.

5. Welche Zielsetzung und welche programmatischen Aspekte soll das Programm beinhalten?

Die Unternehmen in Schleswig-Holstein sollen dafür gewonnen werden, eine familienfreundliche Personalpolitik zu gestalten, weil sie angesichts der demographischen Entwicklung qualifizierte Fachkräfte zu verlieren und im Wettbewerb um die knapper werdenden personellen Ressourcen benachteiligt zu werden drohen. Dabei sind die Unternehmen aber auch auf eine soziale Infrastruktur angewiesen, die es ihnen ermöglicht, die betrieblichen Erfordernisse mit den familiären Aufgaben ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Übereinstimmung zu bringen. Hier setzt das Regierungsprogramm an, in dem es sowohl für die Gestaltung betrieblicher als auch sozialer Rahmenbedingungen Impulse geben und die dafür relevanten Akteure dabei unterstützen will, Lösungen vor Ort zu entwickeln.

6. Wann ist mit einer Vorstellung der Eckpunkte des neuen Programms zu rechnen? Wann mit seiner Einführung?

Die Eckpunkte werden gemeinsam vom MWV und MBF erarbeitet und voraussichtlich gegen Ende des Jahres 2005 vorgestellt. Die Landesregierung hat dafür zum 1. Juni 2005 im MWV eine Projektgruppe „Familienfreundlicher Betrieb“ eingerichtet, um die für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf relevanten Akteure zu unterstützen.

7. Wird das neue Programm eine finanzielle Förderung der einzelnen Unternehmen beinhalten? Wenn ja, in welcher Höhe und mit welchem Gesamtvolumen?

Ein Programm zu einer neuen finanziellen Förderung von einzelnen Unternehmen ist nicht geplant.

8. Welche Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit sollen Bestandteil des Programms sein und welche Kooperationspartner sollen eingebunden werden?

Zu der Öffentlichkeitsarbeit werden insbesondere gehören:

- Betriebsbesichtigungen (best practice)
- Durchführung von Veranstaltungen
- Information über Fördermöglichkeiten

Mit dem Regierungsprogramm soll im Interesse von Familienfreundlichkeit in Betrieben auch die regionale Kooperation initiiert und unterstützt werden. Als Kooperationspartner sollen vor allem Kammern, Verbände, Gewerkschaften, Hochschulen, Behörden, Gleichstellungsbeauftragte und Beratungsstellen Frau & Beruf eingebunden werden.